

Aachen, den 2. Juli 2018

**Pressemitteilung:**

**Große Erleichterung - Geburtshilfe im Simmerather Krankenhaus erfolgreich verteidigt**

Die Berichterstattung der letzten Wochen zur Lage der Geburtshilflichen Abteilung in Kliniken der Region traf den Lebensnerv vieler. In Simmerath haben Hebammen, Klinikleitung, Betriebsrat, Belegschaft, Politik, Bevölkerung in einer Gemeinschaftsleistung erreicht, dass eine zufriedenstellende Lösung zum Wohle der Einwohner und Einwohnerinnen in der Eifel gefunden wurde.

Im Kern war am Beispiel der Geburtshilfe folgende Frage aufgeworfen worden: „Muss sich ein Krankenhaus eigentlich rechnen? Schulen, Feuerwehr sowie andere bedarfsnotwendige Einrichtungen staatlicher Daseinsvorsorge können und müssen das vernünftigerweise auch nicht,“ so Uwe F. Lühr, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Städteregionstag.

Nach Vorgabe von Mindestmengen (hier an Geburten), das heißt nach Regeln von Markt und Wirtschaftlichkeit ist die geburtshilfliche Abteilung im Krankenhaus nicht lukrativ.

Uwe F. Lühr weiter: „Die marktförmige an der Profitlogik orientierte Gestaltung des Gesundheitswesens mit der Umstellung der Finanzierung von Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen/Einzelfallabrechnung (DRGs) hat dafür gesorgt, dass solche Krankenhäuser am erfolgreichsten sind, die möglichst „schwere Fälle“ in möglichst kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal bei hoher Geräteauslastung behandeln.“

Die gesundheitspolitische Sprecherin der LINKEN Helga Ebel ergänzt: „Das hat dazu geführt, dass Deutschland bezüglich lukrativer Operationen inzwischen weltweit führend ist. Innerhalb von fünf Jahren wurden beispielsweise Gelenkspiegelungen und Knieprothesen um 20 Prozent. erhöht, die Zahl der Wirbelsäulenoperationen und Hüftprothesen verdoppelt. Bandscheibenoperationen stellen die fünffache Menge dessen dar, was in anderen europäischen Ländern an Operationen vorgenommen wird.“

Ein koordiniertes Zusammenwirken unter Beteiligung der Verantwortlichen in Politik, im Gesundheits-, Sozialwesen, von Verbänden, Verwaltung, sowie Bürgerinitiativen, lokalen Institutionen und Medien - Menschen in allen Lebensbereichen als einzelne, als Familien und Gemeinschaften, haben in Simmerath gezeigt, dass es sich lohnt, im Dienst der Allgemeinheit öffentliche Angelegenheiten zur eigenen Sache zu machen.

Für Helga Ebel ergibt sich daraus folgende Konsequenz: „Dafür zu sorgen, dass Hebammen für ihre Arbeit Rahmenbedingungen bekommen, mit denen sie sich mit Ruhe, Konzentration, Hingabe und Professionalität engagieren können, bleibt wichtige Aufgabe des Staates als demokratisches Gemeinwesen. Richtungsweisende Entscheidungen müssen für verlässliche nachhaltige strukturell verankerte Versorgung politisch getroffen werden.“